



# Das Reichsbanner

Nr. 12 16. Jahrgang Dezember 1972

Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Freiheitsbundes e. V. Berlin  
BUND AKTIVER DEMOKRATEN

## Struktur einer demokratischen Vorwärtsverteidigung

von Walter Jansen

Geben wir es ruhig zu, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold - Bund aktiver Demokraten - ist heute nicht mehr jene Massenorganisation als die es in den Jahren der Weimarer Republik in Erscheinung trat. Das hat viele Gründe. Der maßgeblichste ist - glücklicherweise - das Fehlen der breiten nazistischen Bürgerkriegsfront und ihrer Mordkommandos, die damals die demokratische Republik gefährdeten und schließlich zu Fall brachten.

Nachdem die Nazis ihren Bürgerkrieg gegen die liberalen Kräfte des deutschen Volkes und insbesondere gegen die deutschen Demokraten zum zweiten Weltkrieg ausgeweitet und — schließlich verloren hatten, mußten leider nicht nur sie, sondern das ganze deutsche Volk die blutige Zeche bezahlen. Die braunen und schwarzen Menschenjägeruniformen waren verschwunden und ihre Träger hatten plötzlich die Vorteile der Demokratie für sich entdeckt. . .

Das öffentliche Bekenntnis zur Demokratie schon im Parteinamen zum Ausdruck zu bringen, nahmen in den letzten Jahren der ersten deutschen Republik nur noch die Sozialdemokraten für sich in Anspruch. Die Zentrumsparterie war nicht dem Namen, wohl aber ihrem Wesen nach demokratisch. Dasselbe traf auf die Staatspartei zu, die aus der früheren Demokratischen Partei hervorgegangen war.

Wie anders die politische Landschaft heute. Alle maßgebenden Parteien (von der mit der CDU verschwisterten CSU abgesehen) geben sich mit ihrem adjektivischen Namensbestandteil als demokratisch zu erkennen. Selbst die neofaschistische NPD tarnt sich mit diesem Beiwort; und andere kleine Splitterparteien und Gruppierungen, auch wenn nichts von der Demokratie auf ihren Visitenkarten steht, behaupten im Brustton der Überzeugung, „selbstverständlich“ a u c h demokratisch zu sein.

Welch ein Gesinnungswandel! — mag mancher versucht sein zu denken, der die Szenerie aus den Jahren vor 1933 in der Erinnerung heraufbeschwört. Weithin ist nichts von schwarz-weiß-roten Abgründen und Hakenkreuzirrwegen zu sehen. Jedoch — was ein Hakenkreuzchen werden will, das krümmt sich schon beizeiten. Das zeigte in erschreckendem Ausmaß der Unfug verleumderischer Zeitungsanzeigen anonym und halbanonymer sogenannter Wählerinitiativen, deren Vokabular und Diktion kaum noch von jenen der Goebbels'schen Giftküche von einst zu unterscheiden waren. Die der „Wählerinitiative freiheitlich gesinnter Staatsbürger in der Vereinigung zur Förderung der politischen Willensbildung“ gehören ebenso dazu, wie die des CSU-Werbers Wolfgang Pfaff in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 9. November.

Mit einem fairen Wahlkampf hatte das ebensowenig zu tun, wie mit demokratischer Gesinnung. Wer sich „als Demokrat“ neofa-

schistischer Methoden bedient, verfügt über ein sehr getrübtetes Demokratieverständnis. Er ist kein Freund, geschweige denn Verteidiger der sozialen und menschlichen Demokratie, die im Grundgesetz verankert ist und zu der wir uns bekennen. Der Verdacht, daß auch die schwarz-rot-goldenen Farben und das Feldgeschrei „Demokratie“ zur Tarnung für üble Nacht-und-Nebel-Aktionen gegen den sozialen Rechtsstaat verwendet werden können, wird zur sicheren Gewißheit!

Wir müssen lernen, unsere Freunde von unseren Gegnern zu unterscheiden, die im Gewand und mit den Worten des „demokratischen“ Biedermanns die Demokratie in ihr Gegenteil verkehren. Wir müssen uns auf eine Vorwärtsverteidigung der Demokratie einrichten und ihr Strategie und Taktik anpassen. Nicht mehr in breiter Marschkolonne gilt es gegen den Gegner zu marschieren, sondern in kleinen Erkundungstrupps, die das Vorfeld der politischen Auseinandersetzungen sondieren, sich gegebenenfalls zu größeren Aktionsverbänden zusammenschließen, wenn es zu gezielten Angriffen auf die soziale Demokratie kommt.

Eines ist dabei zu bedenken: Die Konzeption der Demokratie, so wie sie im Grundgesetz verankert ist, will nicht als starrer Begriff, nicht als Dogma verstanden werden. Ihr Wesen ist die innere Veränderungsfähigkeit. Das wissen auch unsere Gegner. Sie versuchen daher, dem demokratischen Rahmen autoritäre Inhalte zu geben, die Demokratie in ein Machtinstrument konservativer, selbsternannter „Eliten“ von Technokraten umzuwandeln.

Auch wir wollen die Demokratie verändern. Wir müssen dies tun, wenn wir sie schützen wollen. Der demokratische Rahmen des Grundgesetzes, der Verfassung, bietet noch viel Raum für mehr Demokratie auf sozialem Gebiete, auf dem des Bildungswesens, des Umweltschutzes, der Presse, der Rechtsprechung und in vielen anderen Bereichen. Hier müssen wir vorstoßen mit konstruktiver Kritik, um die menschlichere, demokratischere Gestaltung des Staates zu ermöglichen, die Bundesrepublik wohnlicher einzurichten in Gemeinschaft mit unseren wirklich demokratischen Freunden in den Parteien, den Gewerkschaften und anderen Organisationen.

Unterlassen wir dies, geben wir den deutschnational-konservativen Kräften der Reaktion, den Neofaschisten mit der schwarz-rot-goldenen Tarnkappe Gelegenheit, das strategisch wichtige Vorfeld zu okkupieren, aus der demokratischen Bundesrepublik einen autoritären Law-and-order-Staat mit „demokratischer“ Tünche zu machen. Die Goebbels'schen Praktiken der wahlpropagandistischen Dunkelmänner waren ein Alarmzeichen. Keinen Fußbreit dürfen sie und ihre Auftraggeber weiter vordringen. Von nun an stehen wir im Einsatz! Unsere Strategie: Die Vorwärtsverteidigung der Demokratie.

# Offener Brief

Redaktion Süddeutsche Zeitung

8000 München 3

Betr.: Leitartikel von Hans Reiser „Spekulation auf die Dummheit“

Sehr geehrte Herren,

mit außerordentlicher Aufmerksamkeit las ich nicht nur den o. a. Leitartikel, sondern jede Ausgabe Ihrer von mir wegen ihrer ausgewogenen Haltung sehr geschätzten Zeitung, und zwar besonders in den Tagen nach dem 9. 11. Leider vermüßte ich darin eindeutiges Bedauern über die Aufnahme der ganzseitigen Anzeige jenes Wolfgang Pfaffs, der die Werbung für ein von ihm verfaßtes Buch mit zweifelsfrei verleumderischen Auslassungen über sozialdemokratische Regierungsmitglieder und Parteipolitiker, insbesondere Bundeskanzler Brandt, und die von ihm vertretene Ostpolitik verknüpfte.

Zwar scheint Herr Reiser in dem o. a. Artikel diese Anzeige im Sinne gehabt zu haben, denn er erwähnt „die düpierte Anzeigenabteilung eines Zeitungsverlags“, ohne diesen und jene allerdings genauer zu bezeichnen. Doch erscheint mir dies der Sache nicht gerecht zu werden. Eine solche Anzeige hätte in einem Blatte mit einem so hohen Ansehen, wie es die S. Z. genießt und einer derartig weiten Verbreitung wie der ihren nie und nimmer aufgenommen werden dürfen. Zumal auch der jüngste und unerfahrenste Ihrer Anzeigenexperten ohne weiteres hätte feststellen können, daß der Inhalt dieser Anzeige einen flagranten Verstoß gegen die guten Sitten darstellt.

Ich war entsetzt und empört — und bin es noch immer — eine derartige Sudelei gerade in Ihrer von mir sehr geschätzten Zeitung lesen zu müssen. Die Kategorisierung von Herbert Wehner, Willy Brandt usw. als „Unseßhafte“ — was der ganzen Diktion nach unschwer als Synonym für Asoziale, herumstreuendes Gesindel (im Gegensatz zu den „seßhaften Bürgern“) zu verstehen gegeben wurde, ist an sich eine neue Version der nazistischen Emigrantenhetze. Umsomehr als der Urheber frech und der Wahrheit zuwider behauptet, die Genannten seien vom „Vaterland verfeimt und verjagt“ worden.

Ich fühle mich, genau so wie die namentlich Aufgeführten, persönlich beschimpft und von der Verleumdung getroffen und erkläre mich ausdrücklich mit ihnen solidarisch. So wie sie wurden auch ich und viele andere meiner Freunde (nicht vom „Vaterland“, sondern von den Naziverbrechern!) verfeimt und gejagt, und ich mußte, um mein Leben und meine Freiheit zu retten (nachdem ich bereits 1933 in eines der ersten „Schutzhaftlager“ gekommen war), viele Jahre im Ausland verbringen.

Auf den „politischen“ Teil der Anzeige einzugehen, würde zuviel der Ehre für den Schreibtischtäter bedeuten. Außerdem sind seine Argumente so lächerlich und konstruiert, daß es Zeitverschwendung wäre, sich mit ihnen zu befassen.

Festzustellen bleiben nur noch zwei Dinge: 1.) Der schamlose Zynismus jenes politischen Umweltverschmutzers, mit dem er die vom Bundespräsident Heinemann geforderte Zivilcourage für seine infame Sudelei in Anspruch nimmt, und 2.) meine Enttäuschung und mein Schmerz über das Verhalten Ihrer Anzeigenverwaltung und Ihrer Redaktion in dieser Angelegenheit.

Als eine kleine „Wiedergutmachung“ würde ich es begrüßen, wenn Sie mein Schreiben als Leserbrief veröffentlichen würden.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
gez. Walter Jansen

## Theodor Haubach

(15. Sept. 1896 - 23. Januar 1945)

wuchs in einem Darmstädter Bürgerhaus auf, in der kaiserlichen Zeit, als Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst (29. 10. 94) Deutscher Reichskanzler geworden und in Frankreich der jüdische Offizier Alfred Dreyfuss (1859-1935) als Generalstabsoffizier 1894 wegen angeblichen Landesverrats unschuldig verurteilt, und eine scharfe antisemitische Hetze bis 1906 eingeleitet wurde.

Der scharfe Sachverstand und die kristallklare Logik ließen ihn im geisteswissenschaftlichen Gebiet tätig werden. Seine einzige Fehlentscheidung war als 18jähriger, als er sich bei einem Mangel an ziviler Existenz zum Kriegsdienst meldete. Achtmal wurde er verwundet, und erst 1919 ließ er sich zum Studium der Philosophie in Heidelberg eintragen. Emil Henk, Carlo Mierendorf und Theodor Haubach waren gute Freunde und bildeten die Spitze der sozialistischen Studenten in Heidelberg. Haubach mußte nach dem Kriegserleben gegen die „Völkischen“ ganz zwangsläufig sein und sein Kampf galt dem Abgeordneten Wulle und von Graefe, sowie den später aus der „Deutschnationalen Volkspartei“ — der sie mit ihren Anhängern angehörten — herausgeschmissenen Major Henning, der den Terror zu offensichtlich in jenen Jahren unterstützte.

Nach dem Rathenau-Mord durch E. Kern und H. Fischer 1922 trennten sich auch die beiden anderen und gründeten die „Deutsch-Völkische Freiheitsbewegung“ in Preußen, wo die Nationalsozialisten verboten waren. In Debatten — auch mit diesen — war Haubach die eiserne Ruhe selbst.

Der Philosoph Haubach fand bei Hegel die dialektische Methode und die Präzision der Formulierung; er war logischer Skeptiker und suchte das Wissbare.

1923 war er mit seinem Studium fertig und ging nach Hamburg zum Institut für Außenpolitik als junger Doktor, und 1924 wechselte er als Redakteur zum „Hamburger Echo“ und daneben trat er in die Leitung des Hamburger „Reichsbanners“. „Tausende und Aber-tausende deutscher Tote können nur für ein neues Deutschland gestorben sein“, dies schrieb Haubach in Hamburg und es gilt heute für das Unterschwellige im politischen Leben ebenso wie damals. Denn der Geist, den er züchtet, ist heute so gefährlich — nicht die Person Strauß.

Theodor Haubach wünschte eine Politik, „die sich durchsetzte und alle aus solchen Willen fließende Konsequenzen auf sich nehmen“ sollte. Das war der Geist des „Reichsbanners“ und des Mannes, der schon 1924 zu dieser Organisation gestoßen war. Er hielt Verbindung zu den Gewerkschaften in Besenbinderhof und zu der sozialistischen Partei.

1930 kam Haubach als Pressereferent in das preußische Innenministerium am Berliner Königsplatz 6. Frick übernahm gerade (23. 1. 30) als erster nationalsozialistischer thüringischer Innen- und Volksbildungsminister sein Amt. Nach Bayern kommt auch am 11. 6. 1930 das Uniformverbot in Preußen und da wechselt Haubach als Pressechef ins Berliner Polizeipräsidium. Mit 107 Sitzen sind 6,5 Mill. für die braune Kohorten und Hitler muß vor dem Leipziger Staatsgerichtshof (25. 9.) im Reichswehrprozeß die Legalität seiner Partei beweisen, denn den Beamten ist seit dem 3. Juli die Zugehörigkeit zur NSDAP verboten. In dieser Phase wurde er zweiter Vorsitzender der Reichsleitung des Reichsbanners.

Das Niederwerfen der Stennes-Revolution in Berlin läßt ihn als Ordnungsorgan tätig werden (1. 4. 1931), die Verhaftung von zügellosen NS-Abgeordneten im Berliner Reichstag muß er journalistisch begründen (12. 5. 1932), und nach einer Sportpalastrede Hitlers (1. 9. 32) griff er noch einmal kräftig in die Speichen des politischen Lebens in Berlin und dies vergaßen ihm die Nazis nie. In den ersten 6 Jahren des Regimes wurde Haubach wiederholt verhaftet und allein zwei Jahre verbrachte er im Lager Esterwegen. Sein Freund Viktor Bausch holte ihn schließlich in seine „wehrwirtschaftliche“ Papierfabrik. Hier entschloß er sich zum Kreisauer Kreis 1943, und zu seinem Anhang, die ihn suchten und brauchten. Mierendorf, Leuschner und Leber arbeiteten mit ihm außerdem zusammen.

Haubachs philosophische Schriften sind im Kriegsbrand vernichtet; nur aus Briefen läßt sich sein Ringen um die letzte Erkenntnis erkennen. Ein solcher Brief liegt vor vom 6. Juli 1944 — zwei Wochen vor dem Versuch, die Ausgeburt des Teufels zu beseitigen. Er vertraut sich einem Pfarrer an: „... daß der Mensch nicht nur abfallen kann, sondern auch sündig und klein ist“ ... und ... „wie es unser Zeitalter überhaupt nicht mehr begreift“.

Am 9. August wird er von der Gestapo verhaftet. Er meinte mit Sicht auf den Tod „Nicht aber kann bei einer solchen Ausrottung die Erinnerung an das Geschehen selbst vernichtet werden“. Am 23. Januar wurde er hingerichtet.

Uns aber sollte — uns Alten und uns Jungen — dieser Ausspruch Mahnung sein, wenn wir heute die Verleumdungen und diese Hetze sehen, die der Nährboden für ein faschistoides Denken und Handeln ist. Wer diesem nicht entgegentritt und mit Ausflüchten und Entschuldigungen kommt, der wird Mittäter am kommenden Unrecht — er hat nichts gelernt von einem Theodor Haubach, der uns Vorbild sein sollte.

(Kurt Köhler)

# „Wir brauchen nicht mehr Polizei, sondern Reformen“

Der Wiesbadener Verfassungsschützer Dr. Schwagerl setzt sich mit den linksextremen Gruppen auseinander

(aus Frankfurter Rundschau vom 18. 9. 1972)

„Wir brauchen nicht mehr Polizei u. Scharfschützen, sondern mehr Demokratie und mehr gesellschaftliche Reformen, wenn wir verhindern wollen, daß sich so etwas wie die Baader-Meinhof-Gruppe wiederholt.“ Dies betonte Regierungsdirektor Dr. Hans-Joachim Schwagerl, Referent für positiven Verfassungsschutz im Hessischen Innenministerium am Wochenende im Rathaus-Casino vor den 60 Delegierten des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten“. Nach Auskunft des Frankfurter Vorsitzenden Heinrich Ditter repräsentierte die Bundeskonferenz mehrere tausend Mitglieder der Bundesrepublik.

Er könne, so machte Schwagerl klar, hier nur den Versuch einer Analyse bieten, „da noch nicht genug Materialien vorliegen“. Einseitige und manipulierte Berichterstattung seien insbesondere seit Beginn des Jahres — Schwagerl nannte vor allem „Quick“, „Bild-Zeitung“ und das Buch „Baader-Meinhof-Report“ — keinesfalls dazu angetan, einer nüchternen Bestandsaufnahme dienlich zu sein. Vor allem, so kritisierte Schwagerl, seien die erarbeiteten Ergebnisse sämtlicher Verfassungsschutzämter zu kurz gekommen. Denn aus ihnen ergebe sich, laut Schwagerl: „Bisher hat es keine Gefährdung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik gegeben.“ Auch die Äußerungen vieler Politiker seien zumeist polemisch gewesen und hätten häufig „Jungsozialisten, Gewerkschafter, Jungdemokraten und Heinrich Böll in den gleichen anarchistischen Topf geworfen“. Immerhin aber habe Bundesinnenminister Genscher in der Bundestagsdebatte dezent von dem „Reformdefizit“ als einer der Ursachen dieses Terrors gesprochen. Dies erkannte Schwagerl an und betonte: „Im Ansatz war dieses gewalttätige Aufbegehren Gesellschaftskritik.“ Diesen Quellen gelte es nachzuspüren. Etwa an Hand der Kolumnen, die Ulrike Meinhof in den Jahren zuvor geschrieben habe.

Schwagerl hat das getan. Für ihn ergibt sich daraus: „Sie hat gemeint, SPD und Gewerkschaften könnten bald eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft herbeiführen. Diese Chance sah

sie nach dem Eintritt der SPD in die große Koalition nicht mehr.“ Es gelte nach wie vor, so sagte Schwagerl, Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen ernst zu nehmen und für Abhilfe zu sorgen, wenn sie berechtigt sei.

Gerade, wenn die Kritik aus den Reihen der Jugend komme, könne es nur eines geben: „Wir dürfen sie nicht beiseite schieben, isolieren und in die Randschichten der Gesellschaft abdrängen. Wir müssen mit diesen Jungen, auch mit den Extremen, weiter im Gespräch bleiben. Auch wir können schließlich von ihnen einiges lernen.“ Denn es sei ja wirklich nicht alles falsch gewesen, was die Linksextremen kritisch als Vorwürfe formulieren: Diese Gesellschaft schätze doch in der Tat nur der, der etwas leiste, also seien die Alten abgeschrieben. Und für die Kinder werde auch kaum was getan. Hinzu komme das Geschäft mit der Gesundheit, das Geschäft mit der Jugend in der Bekleidungsindustrie, das Geschäft mit Jesus Christ, als Musical-Superstar. Die Profitgier einzelner — zumeist geschickt getarnt — beherrsche zu Lasten der Allgemeinheit das Feld. „Hier muß“, so betonte Schwagerl, „noch mehr als bisher getan werden, damit junge Kritiker nicht an der Veränderbarkeit der Gesellschaft zweifeln und vielleicht wieder auf gewalttätige Abwege geraten.“

Einstimmig wählte die Bundeskonferenz den Frankfurter SPD-Stadtverordneten Willi Haag (58) zum Bundesvorsitzenden. Er hatte schon in den letzten Jahren mit Ditter zusammen die Geschäfte des Reichsbanners geführt, nachdem der bisherige Vorsitzende Christian Weiß (Frankfurt) aus Krankheitsgründen zurückgetreten war.

Haag machte klar, er wolle dem Charakter des Reichsbanners als „Bund aktiver Demokraten“ mehr Bezug zur Gegenwart geben und damit allmählich vom Typ eines Traditionsverbandes wegkommen. Das heutige Reichsbanner solle sich auf SPD, CDU — ausdrücklich: nicht CSU — und FDP stützen. Haag möchte vor allem die junge Generation gewinnen. „Im Ortsverband Frankfurt“, so betonte er, „sind schon ein Drittel der Mitglieder jüngere Leute.“ Ziel sei nach wie vor die Bekämpfung des politischen Extremismus in jeder Form.

gesch.

Freiheitsbund e. V. — Landesverband Berlin

Der Landesvorstand wünscht allen Kameraden des Reichsbanners  
und des Freiheitsbundes

ein frohes Weihnachtsfest

und ein gutes und erfolgreiches

neues Jahr 1973



Franz Meyer — Richard Beck — Ewald Köppen — Rudi Brückner

## Aus den Landesverbänden

Auf der diesjährigen Buchmesse in Frankfurt/M. war neben anderer rechtsradikaler Literatur ein Buch des K. W. Schütz-Verlages ausgestellt, mit dem Titel „Ein sonderbarer Haufen — die Saga vom Sturmbataillon 500“. Dieser „Haufen“ der SS war besonders beteiligt an der Vernichtung des Warschauer Ghettos im Jahre 1943. Die wenigen Überlebenden, Kinder, Frauen, Männer wurden ins Vernichtungslager überführt. Kommandeur dieses „sonderbaren Haufens“ war der SS-Brigadeführer u. Generalmajor der Polizei Stroop, der nach seiner Vernichtungs- und Ausrottungsaktion seinem „Führer“ seinen Bericht mit den Worten vorlegte: „Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr“.

Der Messer hat sich inzwischen wegen dieses Skandals aufgelöst. Die Messeleitung GmbH hat die Entfernung des Buches verweigert, da dies nicht in ihre Kompetenz falle. Hier müsse der Gesetzgeber initiativ werden.

Nach der Stellungnahme des Messerates wird mit dem Buch nachträglich Rassenwahn und Völkermord zu rechtfertigen gesucht, da es sich um eine „Glorifizierung der Ausrottung des Warschauer Ghettos“ handele.

Wenn sich schon offenbar bisher kein Staatsanwalt gefunden hat, der gegen das Buch einschreitet und Anklage erhebt, dann sollte dieser Schritt doch unserer Organisation zukommen. Auf diesem Gebiet rechtsradikaler Gruppen und Grüppchen und der Übriggebliebenen geschieht doch in der Bundesrepublik noch mehr als erträglich ist.

gez.: Georg Feller, Wiesbaden

## SPD will ihre Versammlungen schützen

Die Westberliner SPD will ihre künftigen öffentlichen Versammlungen vor Störungen durch radikale Gruppen schützen und ihre „Liberalität in der Zulassung von Besuchern“ aufgeben. Das hat der geschäftsführende Landesvorstand der Partei am 31. Oktober unter dem Eindruck einer von Anhängern der maoistischen Studentengruppe KPD heftig gestörten Wahlveranstaltung mit Helmut Schmidt beschlossen. Der SPD-Landesvorstand wertete die Störungen als ein Beweis dafür, daß „mit derartigen kommunistischen Kräften eine Auseinandersetzung in demokratischen Formen nicht möglich“ sei und als einen „unumstößlichen Beweis“ für den Abstand zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Zielen und Methoden.

Bei einer Wahlveranstaltung hatten die maoistischen Störer in Sprechhören die Rede von Helmut Schmidt mehrfach unterbrochen und rote Transparente gezeigt. Vereinzelt kam es zu Handgreiflichkeiten zwischen Besuchern der SPD-Veranstaltung und den Maoisten. Erst als mit Schutzhelmen bewehrte und mit Schlagstöcken bewaffnete Polizeibeamte in den Saal eingerückt waren, konnte Schmidt seine Rede vollenden.

Eine ursprünglich angekündigte Diskussion wurde jedoch wegen der Zwischenfälle abgesetzt.

## Mitteilung des Bundesvorstandes:

In der Bundesvorstandssitzung vom 25. 11. 1972 wurde der ehemalige Pressereferent des Landesverbandes Hessen, Herr Heinrich L. Bode, wohnhaft in Dietzenbach-Steinberg, Ringstraße 24, aus dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ausgeschlossen.

In der Bundesvorstandssitzung vom 25. 11. 1972 wurde laut Auftrag des Bundeskongresses die Beitragsregelung wie folgt geregelt: Der Mindest-Beitrag beträgt DM 2.— pro Monat, alle weiteren Beiträge bleiben konstant. Diese Regelung tritt mit dem 1. 1. 1973 in Kraft.

Das Reichsbanner. Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V. und des Freiheitsbundes e. V. Berlin.

Nr. 12 — Dezember 1972 — 16. Jahrgang — Erscheint seit 1924

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand, 6 Frankfurt am Main, Reineckstraße 7, Telefon: (06 11) 29 41 61.

Redaktion u. verantwortlich: Erich Knapp, 5205 St. Augustin-Mülldorf, Narzissenweg 19, Telefon (02241) 2 58 87.

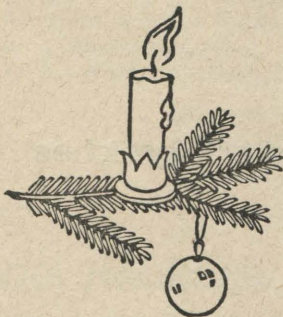
Stellvertretender Pressereferent und stellvertretender Redakteur „Das Reichsbanner“: Walter Jansen, 23 Kronshagen/Kiel, Steindamm 1c, Telefon (04 31) 58 13 24

Druck: J. Jäger, Frankfurt-Niederrad.

**Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar.**

Kostenloser Nachdruck mit Quellenangabe gestattet und erwünscht, gegen Belegübersendung.

Der **Bundesvorstand** wünscht allen Kameradinnen und Kameraden



*ein frohes Weihnachtsfest*

*und ein gutes und erfolgreiches neues Jahr 1973*

Der Vorstand

Willi Haag